

Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland

Stabilität und Wandel seit 1980

Franz Urban Pappi · Jens Brandenburg

Zusammenfassung: Mit Allbus-Analysen für den Zeitraum 1980 bis 2008 werden Stabilität und Wandel des Einflusses sozialstruktureller Interessenlagen auf die Parteipräferenz in Deutschland untersucht. Traditionelle Cleavage-Indikatoren wie Gewerkschaftsmitgliedschaft und Kirchgang werden um weitere Merkmale der sozialstrukturellen Interessenlage wie subjektive Schichtidentifikation, Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsklassen wie der sozialen und kulturellen Dienstklasse oder Erfahrung mit Arbeitslosigkeit ergänzt. Um das Auf und Ab politischer Konjunkturzyklen als Störeinfluss zu kontrollieren, wird ein Zweiebenenmodell mit variierenden Konstanten für die 16 Erhebungszeitpunkte des Allbus berechnet.

Als Abweichungen von den erwarteten stabilen Beziehungen zwischen sozialstrukturellen Interessenlagen und Parteipräferenz sind erwähnenswert: Erstens die in der jüngeren Generation katholischer Kirchgänger nachlassende Präferenz für die Unionsparteien und die in der unmittelbaren Transformationsphase von der DDR zur BRD zu beobachtende verstärkte Neigung der ostdeutschen Arbeiterschicht zur Union; zweitens die seit 2004 zu beobachtende Distanzierung eines Teils der Gewerkschaftsmitglieder von der SPD und die Hinwendung zur Linken als gesamtdeutscher Effekt; und drittens die durchgängige Bevorzugung der PDS/Linken durch die Wahlberechtigten, die Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit machen mussten. Die Grünen und die FDP haben ein stabiles sozialstrukturelles Fundament; erstere in der sozialen und kulturellen Dienstklasse und letztere in der oberen Mittelschicht und bei den Selbstständigen. Allerdings ist die FDP-Neigung der Selbstständigen im Untersuchungszeitraum erst seit 1984 festzustellen, also nach Beendigung der sozialliberalen Koalition 1982.

Schlüsselwörter: Parteipräferenz · Soziale Spaltungsstrukturen · Allbus-Mehrebenenanalyse

Social structurally defined interests and party preference in Germany—Stability and change since 1980

Abstract: Based on Allbus data, stability and change of the impact of social structurally defined interests on party preference in Germany is investigated. We use both traditional cleavage indicators like union membership or frequency of church attendance and further social structural char-

© VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010

F. U. Pappi (✉) · J. Brandenburg
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung,
A 5, 68165 Mannheim, Deutschland
E-Mail: Franz.Pappi@mzes.uni-mannheim.de

acteristics like class identification, occupation or unemployment experience. We apply a two-level model with varying intercepts for the 16 Allbus surveys from 1980 to 2008.

Beyond the expected results we observe some deviations from the stable relationship between social structural variables and party preference. (1) The younger generation of active Catholics prefers the Christian Democrats less than the older cohorts and the East German working class leaned towards this party immediately after unification. (2) Union members got alienated from the Social Democrats since 2004 due to reforms of unemployment benefits for people being out of work for a longer period of time with the consequence that Die Linke could profit from this trend in West and East Germany. (3) This left socialist party and its forerunner, the PDS, has always been the preferred party of people with unemployment experience. (4) The Greens and the Liberal Party are enduringly supported by specific social groups, the Greens by the social and cultural service class and the FDP by the self-employed, at least since this latter party ended the social liberal coalition with the SPD in 1982.

Keywords: Party preference · Social cleavages · Allbus multilevel analysis

1 Einleitung

An Analysen über den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz oder Wählerverhalten besteht in der deutschen Literatur kein Mangel (vgl. Pappi u. Shikano 2002 und die dort zitierte Literatur). Was rechtfertigt eine weitere Analyse? Drei Fragen sind es, die nach unserer Ansicht weiterer Klärung bedürfen.

- a) Welche sozialstrukturellen Merkmale bringen auch unter heutigen Bedingungen Stabilität ins Wählerverhalten?
- b) Welche Abweichungen von der langfristigen Stabilität gibt es und wie sind sie zu erklären?
- c) Welche Veränderungen der Sozialstruktur und des Parteiensystems haben dauerhafte Folgen für das Wählerverhalten?

Die erste Frage ist im Zusammenhang mit dem Cleavage-Ansatz zu beantworten. Die zweite Frage bedarf zu ihrer Beantwortung einer langfristigen Zeitperspektive, um zum einen den Wandel in der Beziehung zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz zu identifizieren und zum anderen die möglichen Ursachen überprüfen zu können. Eine Antwort auf die dritte Frage setzt zuallererst eine Datenbasis voraus, die sozialstrukturelle Informationen über die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung in genügender Feingliederung bereit hält und sich nicht, wie viele Wahlstudien, mit wenigen althergebrachten Standardvariablen begnügt. Für alle drei Fragen stellt der kumulierte Allbus 1980 bis 2008 eine hervorragende Datenbasis dar, vorausgesetzt man löst das Problem, dass die Allbus-Erhebungen völlig unabhängig vom von Wahl zu Wahl laufenden politischen Konjunkturzyklus erhoben werden. Bei Wahlstudien ist der zeitliche Kontext entweder auf die heiße Wahlkampfphase vor der Wahl oder die Zeit unmittelbar nach einer Wahl festgelegt, sodass die politische Mobilisierung der Bevölkerung konstant gehalten wird. Das ist bei den alle zwei Jahre im Frühjahr stattfindenden Allbus-Erhebungen nicht der Fall. Dafür enthalten diese Studien sehr viel mehr kontinuierlich erhobene soziodemographische Informationen über die Befragten. Nicht zuletzt deshalb verspricht eine Allbus-Analyse

von Stabilität und Wandel des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Parteipräferenz in Deutschland einen Mehrwert für die Wahlforschung.

Wir konzentrieren uns nicht ausschließlich auf den Cleavage-Ansatz, sondern gehen von einem umfassenderen Konzept sozialstruktureller Interessenlagen aus, von denen viele im modernen Sozialstaat Anknüpfungspunkte für politische Interessendurchsetzung bieten. Dadurch unterscheiden wir uns von einer in der Politikwissenschaft häufig anzutreffenden Forschungsrichtung, die den Einfluss der traditionellen Cleavage-Indikatoren auf das Wählerverhalten in Konkurrenz zu politischen Einstellungen untersucht (vgl. z. B. jüngst Debus 2010). Dagegen müssen sich in unseren Analysen die traditionellen Cleavage-Indikatoren gegen weitere sozialstrukturelle Interessenlagen behaupten, die aus aktuelleren Anlässen Anknüpfungspunkte für politische Interessenartikulation bieten.

Wir erläutern in Abschn. 1 zunächst die begrifflichen und theoretischen Grundlagen für die empirischen Analysen und schließen in Abschn. 2 eine Beschreibung der Sozialstruktur in Westdeutschland in den letzten drei und in Ostdeutschland in den letzten zwei Dekaden an. In Abschn. 3 folgt eine Erörterung unseres statistischen Untersuchungsplans für eine Allbus-Analyse der Parteipräferenz und ihrer sozialstrukturellen Determinanten. In Abschn. 4 präsentieren wir dann die Ergebnisse zum Zusammenhang von sozialstrukturellen Interessenlagen und Parteipräferenz.

2 Begriffliche und theoretische Vorklärungen

Wenn wir im Titel von sozialstrukturellen Interessenlagen sprechen, nehmen wir eine Modifizierung des Weber'schen Begriffs der Klassenlage in zwei Richtungen vor.¹ Die erste Modifizierung kommt in der Erweiterung des Begriffsumfangs durch Bezug auf den allgemeineren Begriff der Sozialstruktur zum Ausdruck, worunter auch nicht-ökonomische Formen der Gruppenbildung, oder nach Weber, der Vergemeinschaftung, fallen, wie die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Die zweite Modifizierung bedeutet eine Einengung, indem wir von Interessenlagen statt allgemeiner von Lebensstellung oder wie andere Autoren von Lebenslagen sprechen. Im Zusammenhang mit Wählerverhalten kann man die Relevanz von Lebenslagen nach ihrem Politisierungspotenzial beurteilen. Dabei postulieren wir kein aus der sozialstrukturellen Lage einfach ableitbares Interesse, was Weber auch im Hinblick auf die Klassenlage vermied.² Um eine sozialstrukturelle Interessenlage zu identifizieren, verwenden wir im Folgenden das gleichartige Reagieren im Wählerverhalten als Minimalbedingung. Als dessen Ursache kommen durch unsere Erweiterung des Begriffsumfangs der Klassenlage im Prinzip alle sozialstrukturellen

1 „Klassenlage“ soll die typische Chance 1. der Güterversorgung, 2. der äußeren Lebensstellung, 3. des inneren Lebensschicksals heißen, welche aus Maß und Art der Verfügungsgewalt (oder des Fehlens solcher) über Güter oder Leistungsqualifikationen und aus der gegebenen Art ihrer Verwertbarkeit für die Erzielung von Einkommen oder Einkünften innerhalb einer gegebenen Wirtschaftsordnung folgt“ (Weber 1976, S. 177).

2 „Eine universelle Erscheinung ist das Herauswachsen einer Vergesellschaftung oder selbst eines *Gemeinschaftshandelns* aus der gemeinsamen Klassenlage keineswegs. Vielmehr kann sich ihre Wirkung auf die Erzeugung eines im wesentlichen *gleichartigen* Reagierens ... beschränken oder nicht einmal dies zur Folge haben“ (Weber 1976, S. 532–533).

Merkmale infrage. Um hier nicht in einen blinden Empirismus zu verfallen, lassen wir uns von folgenden Kriterien bei der Auswahl leiten. So ergänzen wir die klassischen Cleavage-Indikatoren um die jeweiligen Gegengruppen, was sich wegen der ursprünglichen Mobilisierung der Wähler entlang dieser Konfliktlinien anbietet. Dann greifen wir solche sozialstrukturellen Merkmale heraus, für die in der bisherigen Forschung zum deutschen Wählerverhalten ein gleichartiges Reagieren schon nachgewiesen wurde. Und schließlich kann auf Anknüpfungspunkte bei den Parteien selbst hingewiesen werden, die sich z. B. in ihren Wahlprogrammen zum Vertreter bestimmter sozialstruktureller Interessenlagen zu machen versuchen.

Anspruchsvoller als die Minimalbedingung des gleichartigen Reagierens sind die Bedingungen, die vorliegen müssen, um soziale Cleavages zu identifizieren, oder genauer: gesellschaftliche Spaltungen, die durch Organisation, oder nach Weber durch Vergesellschaftung oder Vergemeinschaftung, und ideologische Deutung in politische Konfliktlinien überführt wurden. Dieser Begriff von sozialen Cleavages setzt sowohl Organisationen auf Seiten der betroffenen Interessenlagen als auch ein Bündnis der Organisationsführungen mit einer politischen Partei voraus, sodass die Übertragung aus dem Bereich der Interessengruppen in den des Parteienwettbewerbs gelingt. Der Ausgangspunkt der sozialen Spaltung impliziert bereits die Frontstellung einer Interessenlage gegenüber einer anderen. Nicht alle Autoren, die sich auf den makrosoziologischen Cleavage-Ansatz von Lipset u. Rokkan (1967) berufen, berücksichtigen alle definientia gleichzeitig, wenn sie soziale Cleavages im Wählerverhalten nachweisen.³ Trotzdem gibt es keinen Dissens bei der Identifikation der traditionellen Spaltungsstruktur im deutschen Parteiensystem. Diese Struktur ist erstens geprägt vom Klassenkonflikt zwischen Arbeitern, Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf der einen Seite und bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite, und zweitens von einem religiösen Konflikt, der ursprünglich als konfessioneller Konflikt zwischen den Katholiken als der religiösen Minderheit im Deutschen Kaiserreich von 1871 und den Protestanten entstanden war. Im Nachkriegsdeutschland wurde daraus ein religiös-säkularer Gegensatz zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und den anderen Parteien, in der DDR insbesondere der SED, auf der anderen Seite. Zur organisierten Kerngruppe des Klassenkonflikts entwickelten sich in Westdeutschland die Mitglieder der Einheitsgewerkschaft, in der anders als zu Zeiten der Richtungsgewerkschaften aber auch Christdemokraten organisiert sind, ohne dass dies die engere Bindung an die Sozialdemokraten verhindert hätte. Und obwohl wegen des überkonfessionellen Charakters der Christdemokraten Katholiken und Evangelische zur Rekrutierungsbasis der Union zählen, blieben in Fortsetzung der Zentrums-Tradition die katholischen Kirchgänger die Kerngruppe auf Wählerebene. Gewerkschaftsmitglieder und Kirchgänger sind für die jeweiligen Organisationseliten erreichbar, sodass ihnen Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen, in der Regel in Übereinstimmung mit der zugrunde liegenden Spaltungsstruktur, zur Kenntnis gebracht werden können.

Aus der traditionellen Spaltungsstruktur der deutschen Gesellschaft lassen sich drei Arten von Cleavage-Indikatoren ableiten: 1. die jeweilige Kerngruppe, 2. die Interessenlage, aus der sich die Kerngruppe rekrutiert, und 3. die Gegengruppe auf der anderen

3 Vgl. in der neueren Literatur zum Begriff insbesondere Kriesi (1998); Weßels (2000); Pappi (2002); Schoen (2005) und Elff (2006).

Seite des Konflikts. Dabei erwarten wir, dass die katholischen Kirchgänger CDU oder CSU bevorzugen und die Gewerkschaftsmitglieder die SPD. Da die zugrunde liegenden Interessenlagen in der Nachkriegszeit stark verbreitert wurden, von den Katholiken auf Christen und von den Arbeitern auf alle abhängig Beschäftigten, erscheint eine Berücksichtigung der Gegengruppen zunächst vielversprechender. Das sind einmal die Konfessionslosen und zum anderen die Selbstständigen. Für erstere erwarten wir die stärkste Bindung an die Nachfolgepartei der SED, d. h. die PDS in Ostdeutschland, aber auch an die Linke in Gesamtdeutschland. Und die Selbstständigen werden sich aus ihrer Interessenlage heraus am ehesten für eine sogenannte „bürgerliche“ Partei entscheiden, d. h. für die FDP oder auch die CDU/CSU. Damit stellt sich insbesondere für den Klassenkonflikt die Frage, welche sozialstrukturellen Interessenlagen zusätzlich noch berücksichtigt werden sollten. Unter den möglichen weiteren Indikatoren ist zuallererst der Beruf zu nennen, der die Interessenlage einer Person bestimmen kann und der sich sicher nicht auf die Selbstständigen versus alle abhängig Beschäftigten beschränken lässt.

Das Merkmal Beruf stellt die Wahlforschung vor die Herausforderung, wie man die Hälfte der Wahlberechtigten einordnen soll, die zum Zeitpunkt der Befragung nicht erwerbstätig sind. Das ist bei Rentnern und Pensionären noch leicht durch Rückgriff auf den zuletzt ausgeübten Beruf zu lösen, in der Annahme, dass dieser auch jetzt die Lebenslage des Befragten bestimmt. Schwieriger ist die Einordnung von Personen, die nie erwerbstätig waren. Hier kann man je nach Lebenssituation auf den Beruf des Ehemanns oder der Ehefrau oder auf den Beruf des Vaters zurückgreifen. Soweit wir Berufsangaben verwenden, liegt dem ein derartiger Einordnungsberuf zugrunde.⁴ Wir greifen aber nur einzelne Berufsstellungen oder Berufe heraus und verwenden für die Stellung eines Befragten im hierarchischen Schichtaufbau der Gesellschaft die subjektive Schichtidentifikation. Die entsprechende Frage, ob man sich in die Unterschicht, die Arbeiterschicht, die Mittelschicht, die obere Mittelschicht oder die Oberschicht einordnet, können alle Befragten, und nicht nur die Erwerbstätigen beantworten, und die Brauchbarkeit dieser Variablen zur Voraussage der Parteipräferenz hat sich bereits erwiesen (vgl. z. B. Arzheimer u. Schoen 2007). Wir erwarten hier eine nach wie vor starke Bevorzugung der SPD durch die Arbeiterschicht (einschließlich der kleinen Gruppe, die sich in die Unterschicht einordnet) und eine Präferenz zugunsten der Union und vor allem der FDP in den Reihen der oberen Mittelschicht und Oberschicht.

Mit den bis hierher behandelten Indikatoren sind die traditionellen sozialen Cleavages des deutschen Parteiensystems abgedeckt. Deren starke Vergangenheitsbezogenheit erkennt man daran, dass sie keine Aufschlüsse über die sozialstrukturellen Interessenlagen geben, die zur Wahl neuer Parteien wie der Grünen führen. Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten gehören dagegen zum traditionellen deutschen Parteienspektrum, was auch für die DDR galt, wo die beiden ersteren Parteien in der Form von Blockparteien existierten. Zum traditionellen deutschen Parteienspektrum muss man auch die Kommunisten oder Sozialisten zählen, selbst wenn die DKP in der alten Bundesrepublik nur von wenigen gewählt wurde. Für nicht-traditionelle Parteien wie die Grünen stellt

4 Im Allbus ist dies der Einordnungsberuf nach Terwey, dessen Einordnungsregeln im Codebuch für den kumulierten Allbus 1980–2008 (Gesis, DVD Release 2009.7) genau beschrieben werden.

sich die Frage, inwieweit auch sie kontinuierliche Unterstützung von bestimmten sozialstrukturellen Interessenlagen erfahren. In der komparativen Forschung galt hier lange Zeit die Hauptaufmerksamkeit dem Wertewandel von den materialistischen Wertprioritäten der älteren Generation hin zu den postmaterialistischen Wertprioritäten der jüngeren Generation (vgl. vor allem Inglehart 1989). Soweit mit diesen Erklärungen die Behauptung verbunden ist, die Klassenzugehörigkeit sei für die Parteien der sogenannten „neuen Politik“ unerheblich (so Poguntke 1993), kann man als Gegenargument die Entstehung neuer Klassenlagen anführen, die von den traditionellen Klassenschemata nicht erfasst werden. So kann Müller (1998) zeigen, „dass die alten Konfliktfronten der Klassenspaltung weitgehend erhalten geblieben sind und dass auch die sogenannte Neue Politik über die Kohortendifferenzierung hinaus in einem erheblichen Ausmaß eine klassenstrukturelle Grundlage hat“ (Müller 1998, S. 6). In Anknüpfung an die Dienstklassenkonzeption von Goldthorpe (1995) unterteilt Müller diese Klasse neu in die administrative Dienstklasse, die Dienstklasse der Experten „im Technik- und Ingenieurwesen und in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften“ (Müller 1998, S. 9) und in die sozialen und kulturellen Dienste („medizinische Versorgung, Bildung, Sozialarbeit, verschiedene Dienste im Bereich kultureller Aktivitäten, der Künste, der Medien etc.“ (1998, S. 8)). Wie die Experten seien die sozialen und kulturellen Dienstleister an ihrer Profession orientiert, aber darüber hinaus bringe „der Austausch mit Klienten und die entsprechenden Sorgenormen die Mitglieder dieser Gruppe in eine Lage, in der sie eher auf soziale Belange ansprechen sollten als auf Anliegen der Organisation“ (1998, S. 8). Somit ergebe sich eine Wahlverwandtschaft zur Programmatik der Grünen, die sich nicht in ökologischen Belangen erschöpfe. Die Stärke dieses Segments der Dienstklasse innerhalb der westdeutschen Wählerschaft hat sich von Mitte der 1970er Jahre bis in die frühen 1990er Jahre in etwa verdoppelt, von 4% auf 8 bis 9%. Wir greifen in den folgenden Analysen die kulturell-sozialen Professionen als einzige Interessenlage aus der entsprechenden Berufsklassifikation heraus, um die dadurch verursachte Parteipräferenz zugunsten der Grünen zu testen. Immerhin hat sich diese Hypothese von Müller auch für andere westeuropäische Länder bestätigen lassen (vgl. Kriesi et al. 2008, Kap. 10).

Die wirtschaftliche Interessenlage der Wähler, die Auswirkungen auf die Parteipräferenz hat, wird nicht nur von der Klassenlage, wie bis hierher beschrieben, beeinflusst. In modernen Wohlfahrtsstaaten entstehen laufend neue Ansprüche an den Sozialstaat, die zu ihrer Durchsetzung oftmals nicht einmal der Vergesellschaftung bedürfen, weil sich die Politiker im Kampf um knappe Stimmen zu ihren Fürsprechern machen. Je mehr Wähler sich in den entsprechenden Interessenlagen befinden, desto weniger können es sich die Parteien leisten, die Ansprüche dieser Gruppen zu übergehen. Dabei werden solche Gruppen oft als Opfer bestimmter Entwicklungen dargestellt, sodass im Gegensatz zu gesellschaftlichen Spaltungen eine Gegnerfreiheit faktisch in Anspruch genommen wird. Das hängt auch damit zusammen, dass sich viele Wähler vorstellen können, auch selbst einmal zu diesen Anspruchsgruppen zu gehören. Das gilt für die Interessenlage Arbeitsloser genauso wie für die Interessenlage von Rentnern und Pensionären. Selbst wenn Arbeitslosigkeit für viele nur ein mehr oder weniger langes Durchgangsstadium in der Erwerbsbiographie ist, müssen wir damit rechnen, dass sich eine derartige Erfahrung, einmal gemacht, dauerhaft auf politische Einstellungen und damit indirekt auf die Parteipräferenz auswirkt. Das von uns verwendete Merkmal „Arbeitslosigkeitserfahrung“

umfasst die zum Zeitpunkt der Befragung Arbeitslosen genauso wie Befragte, die auf die Allbus-Frage an hauptberuflich Erwerbstätige, ob sie in den letzten 10 Jahren einmal arbeitslos waren, mit ja antworteten.

Eine letzte sozialstrukturelle Interessenlage jenseits der traditionellen Klassenlage-indikatoren ist die Zugehörigkeit von Erwerbstätigen zu einer bestimmten Branche. Hier greifen wir den Öffentlichen Dienst heraus, der in neueren Analysen sozialstruktureller Determinanten des Wählerverhaltens oft berücksichtigt wird (vgl. z. B. Elff u. Roßteutscher 2009). Im Zusammenhang mit Globalisierungsfolgen wären auch andere Brancheneinteilungen denkbar. Wir wollen aber prüfen, inwieweit die Grünen-Präferenz der sozialen und kulturellen Dienstleister Bestand hat, wenn man die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst kontrolliert.

Arbeitslosigkeitserfahrung, Rentner/Pensionäre und öffentlicher Dienst können auch als Kontrollvariablen für den Einfluss von Klassenlage und Religion/Kirchgang auf die Parteipräferenz aufgefasst werden. Durch sie sollte der Grundzusammenhang der traditionellen Cleavage-Variablen und auch der Interessenlage der kulturellen und sozialen Dienstleister mit der Parteipräferenz nicht gestört werden. Die Hypothese grundsätzlicher Stabilität dieser Beziehung in unserem Untersuchungszeitraum von 1980 bis 2008 ist unsere Antwort auf die eingangs gestellte Frage a), die sich im Folgenden empirisch bewähren muss.

Interessanter sind vielleicht die möglichen Antworten auf die Frage b) nach Ausnahmen von dieser Stabilität. Eine mögliche Antwort auf diese Frage gibt Elff (2006, S. 194–195): „Es gibt kaum Veränderungen im Einfluss der Klassenlage oder der Kirchgangshäufigkeit auf die Wahlabsicht, die nicht auf die sich verändernden politischen Angebote der Parteien zurückgeführt werden können.“ Elff identifiziert Veränderungen der Angebotsseite des politischen Markts mit Hilfe der Wahlprogrammaussagen der Parteien. Wir erweitern diesen Angebotsansatz auf politische Ereignisse und Regierungsentscheidungen, die von den Wahlberechtigten als Änderungen in der Berücksichtigung bestimmter Interessenlagen durch eine Partei verstanden werden oder die als Ereignisse so herausragend sind, dass die normale Interessenwahrnehmung durch Parteien in den Hintergrund tritt.

Ein solches herausragendes Ereignis war die deutsche Wiedervereinigung. So konnte Helmut Kohl als „Kanzler der Einheit“ gerade auch bei ostdeutschen Arbeitern Stimmengewinne für die CDU erzielen, die über das in Westdeutschland gewohnte Maß hinausgingen (vgl. z. B. Arzheimer u. Schoen 2007, S. 95–102). Diesen Effekt werden wir durch einen besonderen Interaktionseffekt für ostdeutsche Arbeiter in der Periode 1991–1994 testen.

Ein möglicher Einfluss auf die positive Beziehung zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und SPD-Präferenz ist von der Debatte und schließlich der Entscheidung der Regierung Schröder zur Einführung des Arbeitslosengeldes II, vulgo „Hartz IV“, zu erwarten. Mit den Stellungnahmen von DGB-Gewerkschaften gegen diese Reform geriet das Bündnis mit der SPD in Gefahr. Die Diskussion der Reformvorschläge der 2002 von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ setzt 2003 ein, sodass ab dem Allbus 2004 getestet werden kann, inwieweit sich die SPD-Präferenz der Gewerkschaftsmitglieder tatsächlich seither abgeschwächt hat. Da die Schröder'sche Agenda 2010 gleichzeitig Anlass der Gründung der WASG u. a. durch Gewerkschaftsführer war und später die Vereinigung mit der PDS zur Linken folgte, kann

ein positiver Interaktionseffekt von Gewerkschaftsmitgliedern in dieser Periode zugunsten der Linken vermutet werden.

Die Standpunkte kleinerer Parteien werden vom Wähler oft aus deren Koalitionsentscheidungen erschlossen. Für die FDP haben wir eine besondere Nähe zu den Selbstständigen vermutet. Die Frage ist, ob dies auch für die Zeit der sozialliberalen Koalition aus SPD und FDP bis 1982 gilt. Hier kann ein weiterer Grund für eine Abweichung von der langfristigen Stabilität dieser Beziehung vorliegen.

Im Vergleich zur FDP haben sich die Grünen in ihrer kürzeren Geschichte als eine Partei mit relativ stabiler Wählerschaft erwiesen. Hier prüfen wir die Hypothese, dass die sozialen und kulturellen Dienstleister der Partei über den ganzen Untersuchungsraum hinweg die Treue gehalten haben.

Unsere Fragestellung bezieht sich auf die Stabilität der Beziehung zwischen sozialstrukturellen Interessenlagen und der Parteipräferenz. Dabei haben wir darauf hingewiesen, dass die Ansprüche bestimmter Interessenlagen oft von den Parteien thematisiert werden. Daraus ergeben sich ständig Anlässe, die Parteien zu fragen: „What have you done for me lately?“. Das kann zu Instabilitäten in der langfristigen Beziehung führen. Im Grunde gilt dies für alle sozioökonomischen Interessenlagen, deren Ansprüche zu berücksichtigen das Alltagsgeschäft der Politik ist. Traditionelle Cleavages wie die Religion können das Parteiensystem zwar seit langer Zeit prägen, brauchen aber nicht laufend zu aktuellen politischen Streitfragen zu führen, sodass lange Zeit keine Bezüge zu wichtigen Ereignissen oder Entscheidungen hergestellt werden. Das dürfte insofern nicht ohne Folgen bleiben, als die Sozialisation von Jungwählern in diese traditionelle Spaltung umso schwieriger wird, je weniger Anknüpfungspunkte es dafür in der aktuellen Politik gibt. Wir erwarten hier allmähliche Abschwächungen vom Typ der „stillen Revolution“ (Inglehart 1977), die von der Generationensukzession in der Wählerschaft ausgelöst wird.

Die dritte Frage betrifft Veränderungen der Sozialstruktur und des Parteiensystems, die dauerhafte Folgen für das Wählerverhalten haben. In unserem Untersuchungszeitraum von 1980 bis 2008 vollzog sich der Übergang von einem Vier- zu einem Fünf-Parteiensystem durch die Wahlerfolge der PDS nach der Wiedervereinigung. Hier sind natürlich generell die Folgen der Erweiterung des Elektorats um etwa ein Fünftel durch die deutsche Vereinigung zu berücksichtigen und die dadurch ausgelösten Verbesserungen und Verschlechterungen der Wahlchancen der Parteien. Diese können sich zum großen Teil aus Kompositionseffekten erklären, d. h. einer für einzelne Parteien ungünstigeren Verteilung der Interessenlagen in Ostdeutschland im Vergleich zum früheren Bundesgebiet. Darüber hinaus bedeutet der Übergang zum Fünfparteiensystem notgedrungen, dass sich die Wahlwahrscheinlichkeiten für eine oder mehrere Altparteien verschlechtern mussten.

Die Beziehungen der Interessenlagen selbst zur Parteipräferenz können in West- und Ostdeutschland die gleichen sein, mit Ausnahme vielleicht der bereits erwähnten unmittelbaren Transformationsphase. Die Unterschiede der sozialstrukturellen Zusammensetzung des west- und ostdeutschen Elektorats werden zunächst im deskriptiven nächsten Abschnitt dargestellt. Im Analyseteil ist dann entsprechend zu prüfen, inwieweit sich die sozialstrukturellen Interessenlagen in West- und Ostdeutschland tatsächlich gleich auf die Parteipräferenz auswirken.

In diesem Abschnitt kann auch festgestellt werden, ob der soziale Wandel in den letzten drei Dekaden so stark war wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit. So verweisen Kriesi (1998) und Müller (1998) auf das starke Wachstum der Dienstklasse im Bereich der Experten und der sozialen und kulturellen Dienste. Es sei eine neue Klassenlage entstanden, die sich damals noch nicht weitgehend aus sich selbst rekrutieren konnte. Von der Angebotsseite her entwickelten die Grünen eine Programmatik, die den Anliegen dieser Klassenlage entgegen kam. Da die Grünen in unserem Untersuchungszeitraum aber bereits seit 1980 im deutschen Parteiensystem präsent sind, ist eher damit zu rechnen, dass auch die Grünen-Präferenz der sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufe konstant blieb. Die starke Zunahme dieser Berufsgruppe samt der Entstehung ihrer politischen Orientierung, zum Teil im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen (vgl. z. B. Eder 1995), war 1980 bereits voll in Gang gekommen. Insofern erwarten wir für unseren Untersuchungszeitraum von 1980 bis 2008 keine aus dem sozialen Wandel selbst erwachsenden neuen Interessenlagen auf der Suche nach politischer Repräsentation.

Sozialstrukturelle Interessenlagen bieten sich insofern als Stabilitätsanker für die Parteipräferenz an, als die Wähler relativ dauerhaft in ihren Positionen und Gruppierungen verbleiben. Solange auch das politische Angebot der Parteien in Bezug auf die sozialstrukturellen Interessenlagen stabil bleibt, besteht dann wenig Anlass zu nachhaltigen Umorientierungen. Wechselt ein Wähler dagegen seine Klassenlage, sollte sich auch seine Interessenlage mit entsprechenden Folgen für die Parteipräferenz ändern. Kohler konnte derartige Konsequenzen der Klassenmobilität nachweisen, die allerdings nicht sofort eintreten, sondern erst mit Zeitverzögerung, wenn man der neuen Klassenlage schon über einen längeren Zeitraum angehört (2002, S. 284–288). Die Überprüfung solcher Hypothesen setzt allerdings ein Langfristpanel voraus, das der Allbus nicht darstellt. Deshalb stellen wir auch bei Merkmalen wie der Arbeitslosigkeit, die im Normalfall ein Durchgangsstadium ist, nicht wie Kohler (2002, S. 288–289) auf die Wirkungen von Eintritt in und Austritt aus diesem Zustand ab, sondern auf die Erfahrung mit diesem Zustand in der Erwerbsbiographie, von der eine mögliche Wirkung auf die Parteipräferenz ausgeht. Kohler findet die Anti-Regierungshypothese beim Eintritt in die Arbeitslosigkeit bestätigt, wobei allerdings in seinem Untersuchungszeitraum die Regierungsparteien nicht variieren. In unserem Untersuchungszeitraum war nur die PDS oder die Linke dauerhaft in der Opposition.

Die größte sozialstrukturelle Veränderung der deutschen Wählerschaft in unserem Untersuchungszeitraum ist auf die deutsche Wiedervereinigung zurückzuführen und dies ist eine Veränderung im Aggregat. Wir beschreiben sie im nächsten Abschnitt. Bei den Folgen für die Parteipräferenz gehen wir davon aus, dass sich die Interessenlagen in Ostdeutschland nicht anders auswirken als in Westdeutschland, wenn man von der Transformationsphase unmittelbar nach der Wiedervereinigung einmal absieht. Diese Annahme muss natürlich empirisch überprüft werden.

3 Sozialstruktur der west- und ostdeutschen Wählerschaft nach Dekaden

1990 wurde der letzte rein westdeutsche Allbus von März bis Mai durchgeführt. Beginnend mit dem ersten Allbus mit der Feldarbeit im Januar und Februar 1980, folgten in

zweijährigem Abstand weitere Umfragen, die wir hier zur 1980er Dekade zusammenfassen. Der erste gesamtdeutsche Allbus folgte dann außer der Reihe 1991; 1992 kehrte man wieder zum Zweijahresturnus zurück. Zur Beschreibung der Sozialstruktur mit Hilfe unserer Indikatoren trennen wir die zwei weiteren Dekaden, die 1990er Jahre bis 1998 und die 2000er Jahre von 2000 bis 2008, in West- und Ostdeutschland. Unser Augenmerk gilt neben dem sozialen Wandel nach Dekaden der sozialstrukturellen Veränderung der gesamtdeutschen Wählerschaft, die durch die Wiedervereinigung ausgelöst wurde.

Wie aus Abb. 1 hervorgeht, sind die Ost-West-Unterschiede im Hinblick auf die traditionellen Cleavage-Indikatoren der beiden Volksparteien enorm. Katholische Kirchgänger, definiert als Katholiken, die mindestens einmal im Monat zur Kirche gehen, sind in Ostdeutschland eine verschwindend kleine Minderheit von 1 bis 2% der Wahlberechtigten. In Westdeutschland sind dieser Gruppe immerhin um die 15% zuzurechnen, mit seit den 1980er Jahren leicht abnehmender Tendenz. Ganz anders ist die Situation bei den Gewerkschaftsmitgliedern. Einem vorübergehenden Höhepunkt von fast einem Viertel der Wahlberechtigten in Ostdeutschland folgte hier eine Normalisierung auf dem niedrigeren Niveau von 12% in den 2000er Jahren, die nicht ganz dem westdeutschen Prozentsatz von 14% entsprach. Der westdeutsche Prozentsatz weist in unserem Untersuchungszeitraum von knapp 30 Jahren kaum Veränderungen auf. Der hohe Wert für Ostdeutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung ist auf die Vereinigung der Branchengewerkschaften des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR (FDGB) mit den entsprechenden Einzelgewerkschaften des DGB zurückzuführen. Der FDGB selbst hatte sich zum 30. September 1990 aufgelöst. Viele Mitglieder der früheren FDGB-Einzelgewerkschaften

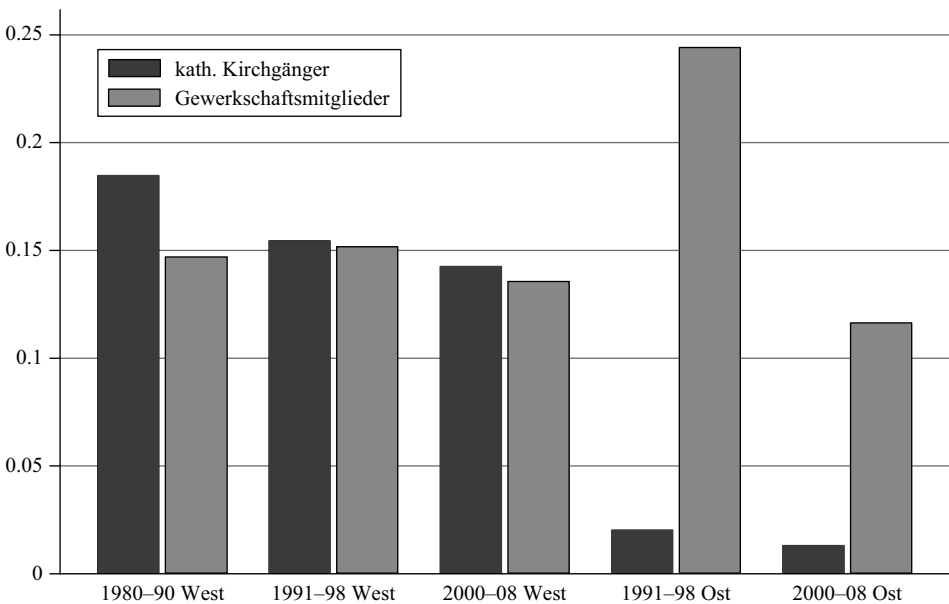


Abb. 1: Anteil der katholischen Kirchgänger und der Gewerkschaftsmitglieder an der wahlberechtigten Bevölkerung

hielten ihren zum Teil kollektiv herbeigeführten Beitritt in eine DGB-Gewerkschaft in der Folgezeit nicht aufrecht, wozu auch die steigende Arbeitslosigkeit beitrug.

Ein Vergleich der Berufsklassenzusammensetzung der Wahlberechtigten über die Zeit und nach West- und Ostdeutschland ist wegen des hohen Anteils fehlender Werte (zwischen 13 und 21 %, vgl. Abb. 2) schwierig. Dieser hohe Anteil ist zum einen der offenen Frage nach der beruflichen Tätigkeit und zum anderen der Logik des Einordnungsberufs geschuldet, bei dem von vielen Befragten auch genaue Berufsangaben über den früheren Beruf oder den Beruf des Ehegatten oder Vaters verlangt werden. Wir verwenden deshalb aus der ausführlichen Berufsklassifikation nach Goldthorpe und Müller nur die Indikatorvariable „soziale und kulturelle Dienstklasse“, bei der alle anderen Berufe und die fehlenden Werte zur Residualkategorie gezählt werden. Als deskriptiven Befund von Abb. 2 halten wir fest, dass vor allem die administrative Dienstklasse in Ostdeutschland im Vergleich zum Westen unterrepräsentiert ist, nicht dagegen die soziale und kulturelle

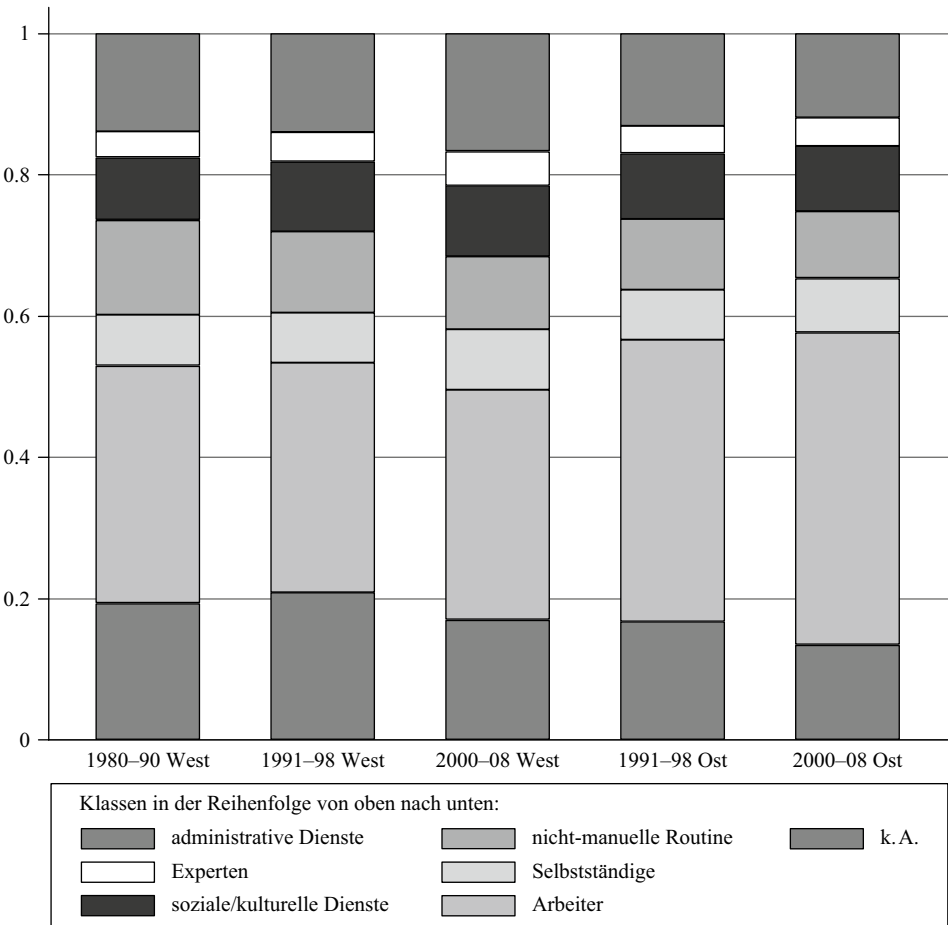


Abb. 2: Berufsklassen nach Goldthorpe und Müller für den Einordnungsberuf nach Terwey

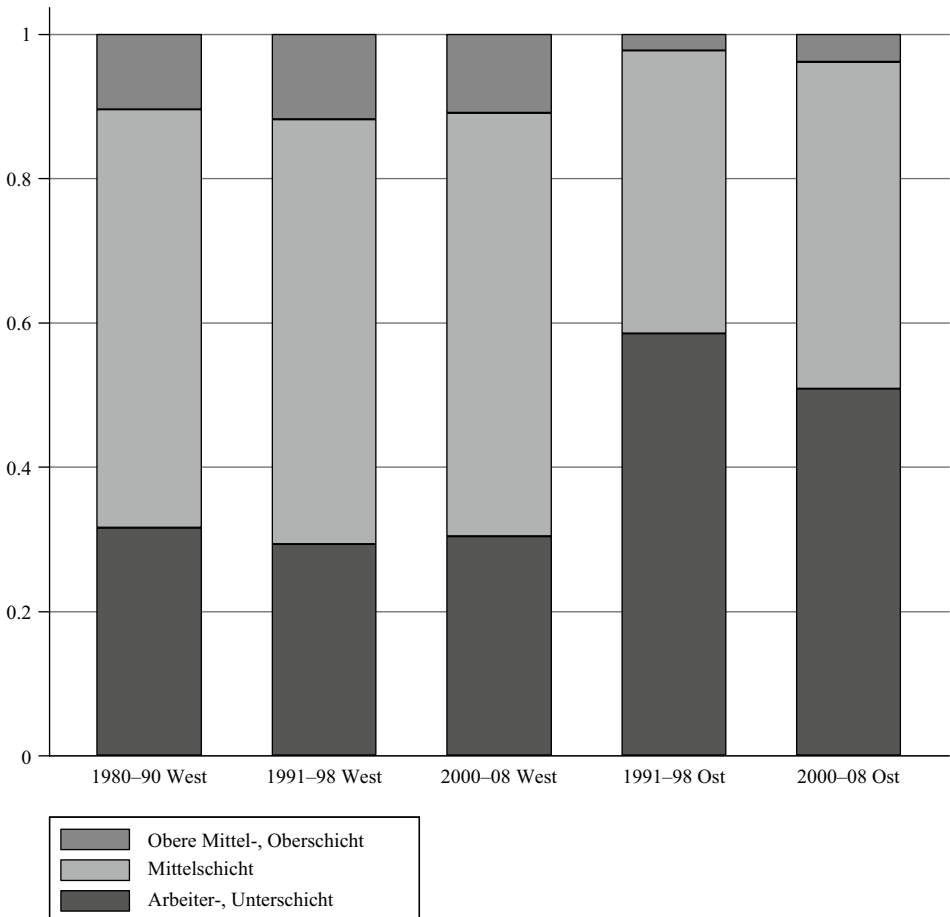


Abb. 3: Subjektive Schichtestufung

Dienstklasse, die 9% im Vergleich zu 10% beträgt. Erwähnenswert ist außerdem die große Stabilität der Berufsgruppenverteilung in West und Ost über die Zeit seit 1980. Die Periode größerer Veränderungen der Berufsstruktur muss vor unserem Untersuchungszeitraum liegen.

Sehr stabil über die Zeit ist auch der Selbstständigenanteil nach der Stellung im Beruf (Einordnungsberuf). Er liegt in Westdeutschland zwischen 10 bis 12% aller Wahlberechtigten und in Ostdeutschland bei 9 bis 10%. Für die entsprechende Indikatorvariable werden im nächsten Abschnitt die ca. 4% Befragten mit fehlenden Angaben nicht berücksichtigt.

Wie bereits erwähnt, verwenden wir für die Stellung eines Befragten im hierarchischen Schichtaufbau einer Gesellschaft die subjektive Schichtidentifikation. Dabei fassen wir die 0,5 bis 1% der Befragten, die sich zur Oberschicht zählen, mit der oberen Mittelschicht zusammen und die 1 bis 2%, die sich zur Unterschicht zählen, mit der Arbei-

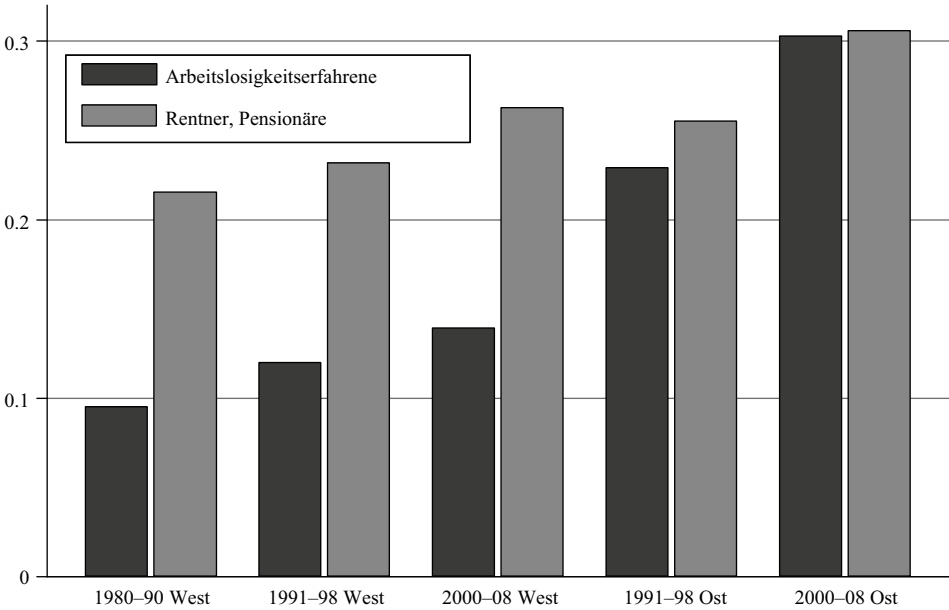


Abb. 4: Anteil der Wahlberechtigten mit Arbeitslosigkeitserfahrung und Anteil der Rentner, Pensionäre im Elektorat

terschicht. Diese zusammengefasste Schichtverteilung zeigt deutlich die große Stabilität über die Zeit in Westdeutschland mit knapp 30% der Wahlberechtigten in der Arbeiterschicht (einschließlich Unterschicht), etwa 55% in der Mittelschicht und um die 10% in der oberen Mittelschicht (einschließlich Oberschicht). Die restlichen 5% ordneten sich keiner dieser Schichten zu; sie werden in Abb. 3 und aus den späteren Analysen ausgeschlossen. In Ostdeutschland war in den 1990er Jahren der Anteil der Arbeiterklasse fast doppelt so groß wie in Westdeutschland; inzwischen ist ein gewisser Angleichungsprozess in Gang gekommen, die höheren Anteile der Mittelschicht und oberen Mittelschicht der Westdeutschen sind aber noch lange nicht erreicht worden.

Große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland ergeben sich erwartungsgemäß auch im Hinblick auf die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit. Zwar stieg der Anteil der Wahlberechtigten, die in ihrer Erwerbskarriere einmal arbeitslos waren, von den 1980er bis zu den 2000er Jahren auch in Westdeutschland kontinuierlich an, hat aber mit zuletzt 14% lange nicht das ostdeutsche Niveau von 23% in den 1990er und 30% in den 2000er Jahren erreicht (vgl. Abb. 4). Der Prozentsatz der Rentner und Pensionäre nimmt erwartungsgemäß im Lauf der Zeit zu; er beträgt in den 2000er Jahren 26% im Westen und 31% im Osten.

Die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst hat sich inzwischen zwischen Ost und West angeglichen. 11 bzw. 12% der Wahlberechtigten sind 2000 bis 2008 Erwerbstätige im öffentlichen Dienst, während es 1991 bis 1998 im Osten noch 15% gewesen waren. Auch der Altersaufbau des Elektorats unterscheidet sich nicht groß nach Ost und West. Für unsere Analysen greifen wir nur auf eine einfache Generationseinteilung zurück, indem

wir die jüngere Generation mit dem Geburtsjahrgang 1954 beginnen lassen, sodass die ältesten Angehörigen dieser Generation im Westen zum ersten Mal 1972 wahlberechtigt waren, als das Wahlalter zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl auf 18 Jahre herabgesetzt worden war. Man könnte hier, zumindest im Westen, von den „Nach-68ern“ sprechen. Der Anteil dieser Kohorte am Elektorat nimmt naturgemäß in Zeitverlauf zu, ist aber in der jeweiligen Periode im Westen und Osten in etwa gleich stark.

Die deskriptive Analyse in diesem Abschnitt bestätigt, dass die größten Veränderungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der deutschen Wählerschaft nach 1980 von der Wiedervereinigung herrühren. Daneben spielt der soziale Wandel in der Dekadenabfolge eine untergeordnete Rolle. Hier ist eher die große Stabilität des Gewichts der einzelnen Interessenlagen vor allem in Westdeutschland bemerkenswert.

4 Ein Untersuchungsplan für eine Allbus-Analyse der Parteipräferenz

Im Allbus wird die Parteipräferenz mit der üblichen Wahlabsichtsfrage erfasst: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?“ Da Westberliner bis 1990 wegen des Viermächtestatus zu Bundestagswahlen nicht wahlberechtigt waren, wurde bis dahin eine äquivalente Frage nach der Wahlabsicht für das Abgeordnetenhaus verwendet. Mit der Ausnahme von 1991 wurde die Frage seit 1980 in zweijährigen Abstand gestellt. Diese Abstände sind für eine Zeitreihenanalyse der Parteienpopularität zu lang, wenn man an den gängigen kurzfristigen Einflüssen wie Arbeitslosenquoten oder Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage interessiert wäre.⁵ Da die sozialstrukturellen Interessenlagen eher als dauerhafte Einflüsse auf die Parteipräferenz interessieren, kann der kurzfristige Popularitätszyklus der Parteien geradezu einen Störeinfluss darstellen. Wir benötigen demnach einen Untersuchungsplan für die Feststellung lang- und mittelfristiger Einflüsse auf die kurzfristig schwankende Parteipräferenz.

Eine Möglichkeit wäre die Kumulation der Erhebungen nach Dekaden im Vertrauen darauf, dass sich die kurzfristigen Einflüsse dekadenweise ausgleichen. Dies entspräche dem Verfahren, das wir im letzten Abschnitt bei der Beschreibung von Konstanz und Wandel der Sozialstruktur angewendet haben. Allerdings waren bei diesen Variablen auch keine großen kurzfristigen Schwankungen zu erwarten. Bei der Wahlabsicht ist das anders. Trotzdem lässt sich zu rein deskriptiven Zwecken die abhängige Variable Parteipräferenz zunächst so aufbereiten (vgl. Tab. 1). Man erkennt, dass das Auf und Ab insbesondere bei den großen Parteien für die gewählten Perioden nicht so leicht zu interpretieren ist. So sind die Perioden z. B. nicht trennscharf für die Regierungsbeteiligung der Parteien gebildet und lassen nicht eindeutig auf Abnutzungserscheinungen der Regierungsparteien schließen. Die Kontrolle der kurzfristigen Einflüsse auf die Parteipräferenz durch Kumulation setzt außerdem stillschweigend voraus, dass diese sich in jeder Periode gegenseitig ausgleichen. Das muss aber nicht der Fall sein. In dieser Situation ist ein Mehrebenenmodell mit den Befragungszeitpunkten als der höheren Ebene vorzuzie-

5 Vgl. allgemein zu Popularitätsfunktionen Pappi u. Shikano (2007, S. 59–72) und die dort angegebene Literatur.

Tab. 1: Die Wahlabsicht als Indikator der Parteipräferenz im Perioden- und West-Ost-Vergleich

Partei	Periode					Total %
	1980–90	1991–98	2000–08	1991–98	2000–08	
	West %	West %	West %	Ost %	Ost %	
CDU/CSU	30,7	23,7	28,2	14,7	19,6	25,6
SPD	30,6	28,7	22,6	25,7	20,3	26,9
FDP	6,7	6,4	8,9	5,5	4,7	6,7
Bündnis 90/Grüne, AL in Berlin	7,1	9,2	8,9	7,2	3,9	7,6
DKP, PDS, Linke	0,1	0,3	1,9	7,9	15,4	3,1
sonstige Parteien	0,7	3,2	1,9	1,9	2,2	1,8
Nichtwahl, w.n.	14,4	20,5	22,6	28,9	29,9	20,7
verweigert, k.A.	9,7	8,0	5,0	8,0	4,2	7,6
N	18 148	10 244	10 192	5 911	5 298	49 793

hen, für die zufällig variierende Konstanten zugelassen werden. Trotzdem liefert Tab. 1 als Einstieg eine brauchbare Übersicht über die Fallzahlen der einzelnen Kategorien der Wahlabsichtsfrage, anhand derer wir unsere Operationalisierung der abhängigen Variablen erläutern können.

Unsere Grundgesamtheit ist die wahlberechtigte Bevölkerung. Deshalb ist die seit 1994 in den Allbus einbezogene erwachsene Wohnbevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Tab. 1 schon ausgeschlossen. Für die weiteren Analysen werden auch die 3 788 Befragten ausgeschlossen, die eine Angabe zur Wahlabsicht verweigerten oder für die aus sonstigen Gründen keine Angabe vorliegt. Die restlichen 46 005 Befragten bilden unser Ausgangssample. Wir behandeln die einzelnen Parteien oder Parteigruppen als separate Indikatorvariablen der Präferenz für die CDU/CSU, die SPD, die FDP, die Grünen und die Linken. In allen Perioden und Regionen stehen damit für die Analyse z. B. 12 771 Befragte zur Verfügung, die die CDU oder CSU präferieren und 33 243 Befragte (46 005–12 771) gehören zur Restgruppe. Damit ist berücksichtigt, dass z. B. ein Rückgang der Präferenz für die Union sowohl einen Wechsel zu anderen Parteien als auch ins Lager der Nicht-Wähler oder Unsicheren bedeuten kann. Im Ausgangssample sind somit 28 % CDU/CSU-Anhänger, 29 % SPD-Anhänger, 7 % FDP-Anhänger und 8 % Anhänger der Grünen vertreten. Die Kontinuität dieser Parteien über 28 Jahre Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht die Linke nicht, zu der wir in Tab. 1 bis 1992 die westdeutsche DKP zählen und ab 1991 die PDS und ab 2006 die Linkspartei. Da die PDS in der Nachfolge der SED von Anfang an sehr viel mehr Wähler anzog als die DKP in der alten Bundesrepublik, ist die Gleichbehandlung dieser Parteien auf dem Wählermarkt schwer zu begründen. Wir lassen die Untersuchungsperiode für die PDS oder Die Linke erst mit der Wiedervereinigung, also mit dem Allbus 1991 beginnen. Das reduziert das Ausgangssample entsprechend auf 29 621 Befragte, von denen 5 % die PDS bzw. Die Linke präferieren.

Bei nur fünf Analysegruppen wie im letzten Abschnitt oder bei Tab. 1 könnte man sich vorstellen, den Einfluss der sozialstrukturellen Interessenlagen auf die Parteipräferenz noch vergleichend festzustellen. So gehen z. B. Arzheimer u. Schoen vor, wenn sie „Die

Wirkung der traditionellen Cleavages auf das Wahlverhalten in Westdeutschland“ (2007, S. 95) für die Bundestagswahlen von 1994 bis 2005 prüfen. Interessanterweise zeigen nur Kirchengang und Gewerkschaftsmitgliedschaft die erwarteten signifikanten Wirkungen auf die Wahl der Union oder der SPD. Merkmale wie Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht oder die Religionszugehörigkeit wirken sich dagegen je nach Wahl relativ verschieden auf das Wahlverhalten aus. Diese Schwankungen lassen sich kaum sinnvoll inhaltlich interpretieren. Man sollte auch berücksichtigen, dass den Unterschieden der Effektparameter auch Zufallsschwankungen zugrunde liegen. Auf jeden Fall wäre ein solches Verfahren in unserem Fall von insgesamt 16 Erhebungszeitpunkten nicht sinnvoll.

Das zu schätzende Mehrebenenmodell bestehe aus der Individualebene der i ($i=1, 2, \dots, N$) Befragten und den j ($j=1, 2, \dots, 16$) Zeitpunkten, sodass y_{ij} die abhängige Variable der Präferenz für eine unserer fünf Parteien angibt.⁶ Ein Befragter wurde nur zu einem Zeitpunkt befragt, sodass N die Summe der Fallzahlen der einzelnen Erhebungen ausmacht ($\sum_j N_j$). Das Standard-Modell für binäre abhängige Variablen und eine unabhängige Variable x_i kann wie folgt geschrieben werden:

$$\Pr(y_{ij} = 1) = \text{logit}^{-1}(\alpha + \beta x_i) \quad (1)$$

Aus diesem Standardmodell wird ein Zweiebenenmodell, wenn man den Achsenabstand α oder die Steigung β der Regressionskurve in Einheiten der Ebene 2 variieren lässt:

$$\Pr(y_{ij} = 1) = \text{logit}^{-1}(\alpha + \beta_j x_i) \quad (2)$$

Dabei werden die Parameter nicht pro Einheit von j separat geschätzt, sondern unter der Vorgabe eine Normalverteilung um ihren Durchschnittswert:

$$\alpha_j \sim N(\mu_\alpha, \sigma_\alpha) \text{ für die } j = 1, \dots, 16 \quad (3)$$

Nehmen wir an, uns interessieren nur die Schätzungen der Prozentsätze der Parteipräferenz für unsere Erhebungszeitpunkte, würden wir in Formel (2) auf die unabhängige Variable x_i auf der Ebene 1 der Befragten verzichten und nur die Achsenabschnitte schätzen. Für CDU/CSU wird auf diese Weise ein $\mu_0 = -0,96145$ geschätzt bei einem $\sigma_\alpha^2 = 0,08460$, was durchschnittlich 27,7% entspricht, der im 1σ Bereich zwischen 22 und 34% schwankt.

Man kann nun versuchen, die Bandbreite der geschätzten Achsenabstände mit Merkmalen der Ebene 2 zu erklären. Im Unterschied zu den X-Variablen der Ebene 1 bezeichnen wir die Variablen der Ebene 2 mit Z . Dabei beschränken wir uns auf das wichtigste Ereignis im Zeitraum von 1980 bis 2008, die deutsche Wiedervereinigung, und unterscheiden für die Variable z_j die ersten 6 Allbus-Erhebungen bis 1990, die ausschließlich in Westdeutschland stattfanden ($z_j = 0$), von den restlichen 10 seit 1991 in Gesamtdeutschland ($z_j = 1$). Die Parameter für die Z -Variablen werden im Unterschied zu den β der Ebene

6 Vgl. zum Folgenden insbesondere die Kap. 12 und 14 in Gelman u. Hill (2007). Außerdem bedanken wir uns bei Frau Dr. Nathalie Giger für eine hilfreiche Einführung.

1 mit γ bezeichnet. Damit wird in (3) μ_0 nicht nur durch γ_0 ersetzt, sondern zusätzlich um den Einfluss von z_j .

$$\alpha_i \sim N(\gamma_0 + \gamma_1 z_j, \sigma^2_a) \tag{4}$$

Für CDU/CSU wird ein $\gamma_1 = -0,46765$ geschätzt bei einem jetzt niedrigeren Wert für $\gamma_0 = -0,66911$; gleichzeitig vermindert sich die Varianz beträchtlich auf den immerhin noch signifikanten Wert von 0,03329. Durch die Erweiterung des westdeutschen auf ein gesamtdeutsches Elektorat hat sich der alte CDU/CSU-Durchschnittswert in den 1980er Jahren von 34% auf 24% vermindert. Ähnlich negativ wirkte sich die Wiedervereinigung auch auf die SPD-Präferenz aus. Dabei haben wir für die „Berliner Republik“ noch nicht zwischen Ost- und Westdeutschen unterschieden. Dieses Merkmal führen wir auf der Ebene 1 als drittes in unser Grundmodell ein, sodass $x_i = 1$ die Ostdeutschen und $x_i = 0$ die Westdeutschen einschließlich der Westberliner bezeichnet. Das vollständige Grundmodell lässt sich wie folgt schreiben:

$$\Pr(y_{ij} = 1) = \text{logit}^{-1}(\gamma_0 + \gamma_1 z_j + \beta x_i + \eta_j) \tag{5}$$

η_j bezeichnet den Fehlerterm auf Ebene 2; auf Ebene 1 gibt es bei binären Regressionen keinen von der Ausprägung der abhängigen Variablen unabhängigen Fehlerterm. Legt man die geschätzten Parameter für CDU und CSU zugrunde, ergibt sich ein Durchschnittswert von 28% der Befragten, die in Westdeutschland die Union präferierten, gegenüber nur 27% seit 1991 im Westen und sogar nur 18% im Osten. Ein Vergleich mit Tab. 1 zeigt, dass diese Schätzwerte nicht unrealistisch sind. Die für die SPD fallen ähnlich aus, mit zwei Abweichungen. Die SPD war im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2008 im Durchschnitt beliebter, ihr Achsenabstand unterlag aber insgesamt, also auch in Westdeutschland, größeren Schwankungen als der von CDU/CSU. Dabei nimmt unser Modell (5) parallele Schwankungen bei Ost- und Westdeutschen an. Inhaltlich lässt sich das so rechtfertigen, dass Ost- und Westdeutsche kurzfristig auf dieselbe gesamtdeutsche Politik und auf dieselbe Nachrichtenlage reagieren. Ein β_j im Rahmen eines Mehrebenenmodells zu berechnen macht bei insgesamt nur zwei Regionen keinen Sinn. Wie ein Blick auf Tab. 1 für die zwei Perioden 1991 bis 1998 und 2000 bis 2008 zeigt, verlaufen die Zu- und Annahmen der einzelnen Parteien im Wesentlichen in West und Ost gleich.⁷

Vergleicht man die Grundmodelle für FDP und Grüne mit denen der beiden großen Parteien, fällt vor allem auf, dass sich die Chancen der beiden kleinen Parteien in Westdeutschland nicht verändert haben. Dieser Effekt ist für sie nicht signifikant. Gleichzeitig haben sie wie die zwei großen Parteien in Ostdeutschland schlechtere Chancen. Dort müssen sich die westdeutschen Altparteien schließlich den Wählermarkt mit einer starken PDS oder Linken von Anfang an teilen.

⁷ Eine Besonderheit von Modell 5 ist abschließend noch zu erwähnen. Entgegen dem Eindruck, man könne kontrafaktisch mit $\gamma_0 + \beta x_i$ einen Prozentwert für die Ostdeutschen in den 1980er Jahren berechnen, muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei x_i faktisch um die Interaktionsvariable $x_i z_j$ handelt, weil in den ersten sechs Allbus-Erhebungen die Variable X immer die Ausprägung 0 hat.

Die Grundmodelle kontrollieren auch unterschiedlich große Fallzahlen der einzelnen Erhebungen und vom Untersuchungsplan her vorgesehene Überrepräsentationen der Ostdeutschen. Insofern bilden sie eine gute Ausgangsbasis für die Analyse der Parteirelevanz der sozialstrukturellen Interessenlagen im nächsten Abschnitt. Da alle Analysen ohne besondere Gewichtungen durchgeführt werden, sollten die manchmal berechneten Prozentwerte für einzelne Parteien nicht als repräsentative Aussagen über die Grundgesamtheit missverstanden werden. In diesem Abschnitt dienen sie in erster Linie der Erläuterung der verwendeten Zweiebenenmodelle.

5 Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in der Bonner und Berliner Republik

Wir analysieren den Einfluss der sozialstrukturellen Interessenlagen auf die Parteipräferenz in drei Schritten. Wir prüfen zunächst den Einfluss der parteispezifischen Cleavage-Indikatoren, um die Frage zu beantworten, inwieweit diese Indikatoren Stabilität ins Wählerverhalten bringen. Dann beziehen wir im zweiten Schritt für alle Parteien gleich alle unseren sozialstrukturellen Indikatoren in die Analyse ein und prüfen schließlich im dritten Schritt die in Abschn. 1 formulierten Hypothesen über mögliche Abweichungen von der langfristigen Stabilität der Beziehung zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz.

Die Analyse der Cleavage-Indikatoren im engeren Sinn ziehen wir vor, um der Frage der Stabilität ganz präzise nachzugehen. Dazu bedarf es nicht nur einer Prüfung, inwieweit die erwarteten Effekte noch auftreten, sondern auch eines Tests, ob die durchschnittlichen Regressionskoeffizienten für diese Cleavage-Indikatoren über die Erhebungsjahre hinweg zufällig schwanken (varying slope Hypothese). Schwankungen der Konstanten sind natürlich als Ausdruck kurzfristiger Einflüsse mit der Stabilitätshypothese vereinbar.

Eine zweite Gefährdung der langfristigen Stabilität kann systematisch dadurch eintreten, dass die Beziehung in Ostdeutschland anders ausfällt als von der alten Bundesrepublik her gewöhnt. Das lässt sich mit entsprechenden Interaktionseffekten der jeweiligen Cleavage-Variablen mit der Variable „Ostdeutschland“ testen.

Die Allbus-Analyse bestätigt den starken Einfluss des katholischen Kirchgangs auf eine CDU/CSU-Wahlabsicht, die Neigung der Gewerkschaftsmitglieder zur SPD, die Präferenz der Selbstständigen für die FDP, die der sozialen und kulturellen Dienstleister für die Grünen und die der Konfessionslosen für die PDS oder Linke. In all diesen Fällen liegt außerdem kein signifikant variierender Regressionskoeffizient vor. Dagegen variiert die Konstante signifikant auf dem 2σ -Niveau je nach Erhebungszeitpunkt. Die verbleibenden Regressionskoeffizienten können also mit Fug und Recht als die dauerhaften Wirkungen der Cleavage-Indikatoren im Untersuchungszeitraum angesehen werden.

Der von Ostdeutschland ausgehende Interaktionseffekt mit dem jeweiligen Cleavage-Indikator ist nur teilweise insignifikant. Nicht signifikant nach Ost und West unterscheiden sich katholische Kirchgänger im Hinblick auf die CDU-Präferenz, Selbstständige im Hinblick auf die FDP-Präferenz und Angehörige von sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen im Hinblick auf die Grünen-Präferenz. Dagegen neigen ostdeutsche Gewerkschaftsangehörige weniger als ihre westdeutschen Kollegen zur SPD und der Konfessionslosen-Effekt zugunsten der Linken ist sogar im Westen noch ausgeprägter

als im Osten. Es scheint so, als würden Sozialisten in der Diaspora noch mehr als in der früheren Mehrheitsituation der DDR der traditionellen anti-religiösen Ideologie entsprechen. Allerdings verschwindet dieser Effekt wieder, wenn man den vollständigen Satz von sozialstrukturellen Interessenlagen verwendet. Die Rolle der Gewerkschaften für die Parteipräferenz von SPD und Linken wird uns noch zu beschäftigen haben.

Die Effekte für Gesamtdeutschland geben an, inwieweit einer der Parteien der alten Bundesrepublik Vor- oder Nachteile durch die Wiedervereinigung entstanden sind und zwar in Westdeutschland, da der Effekt für Ostdeutschland gleichzeitig kontrolliert wird. Die für Vorteile stehenden positiven Effekte bei FDP und Grünen sind nicht signifikant, während ihre Nachteile in Ostdeutschland ausgeprägter sind als bei den großen Parteien. Bei letzteren hat die Wiedervereinigung aber zu einem Rückgang der Wahlabsicht in Westdeutschland geführt, was auch bereits der Tab. 1 entnommen werden konnte. Es wird sich zeigen, inwieweit diese Effekte Bestand haben, wenn man auf ein vollständiges Modell übergeht, das alle unseren sozialstrukturellen Interessenlagen berücksichtigt.

Tabelle 3 enthält dieses Vollmodell, das für alle Parteien dieselben Determinanten enthält, wobei im Interesse des Vergleichs zunächst auch auf den Interaktionseffekt der Gewerkschaftsmitgliedschaft mit Ostdeutschland verzichtet wird. Berücksichtigt man die unterschiedliche sozialstrukturelle Zusammensetzung von west- und ostdeutschem Elektorat, zeigt sich, dass von allen westdeutschen Altparteien die CDU die wenigsten Nachteile in Ostdeutschland in Kauf nehmen muss. Dagegen sind im Osten die SPD und vor allen die Grünen stark unterrepräsentiert, die sich im Wettbewerb mit der starken PDS oder Linken nicht so gut behaupten können. Die Grünen können dies zum Teil durch ihre Stärke in Westdeutschland seit 1991 ausgleichen, während die SPD mit dem doppelten Nachteil einer schwachen Stellung in West- und Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung leben muss.

Gegenüber den Ergebnissen von Tab. 2 fallen im Vollmodell von Tab. 3 die Koeffizienten für die traditionellen Cleavage-Indikatoren etwas schwächer aus, weil jetzt auch weitere typische Interessenlagen berücksichtigt werden. So tritt das Schichtprofil der FDP als Partei der oberen Mittelschicht mit wenigen Arbeiterwählern deutlich hervor, das CDU/CSU nur in abgeschwächter Form aufweisen. Die Selbstständigen sind bei der SPD am meisten unterrepräsentiert, während der entsprechende Effekt für die PDS schwach positiv ist. Diese Partei präsentiert sich nicht wie die SPD als Partei mit Arbeiterschwerpunkt. Bei ihr finden sich wie bei CDU/CSU viele Ruheständler und wie bei den Grünen viele Angehörige der sozialen und kulturellen Dienstklasse. Gleichzeitig ist der positive Gewerkschaftseffekt relativ stark, übertroffen nur von dem für die SPD. Dass die PDS als Nachfolgerin der SED von den Transformationsproblemen von der DDR in die BRD besonders betroffen ist, zeigt sich insbesondere auch darin, dass bei ihr viele Anhänger Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen mussten.

Insgesamt hat die Erklärungskraft des Vollmodells gegenüber dem Grundmodell, gemessen an der relativen Devianzverbesserung, stark zugenommen, je nach Partei auf 11 bis 19%. Mit so hohen Werten konnte das reine Cleavage-Modell nicht aufwarten.

Welche Hypothesen für die Abweichungen von der langfristigen Stabilität des Einflusses der sozialstrukturellen Interessenlagen auf die Parteipräferenz lassen sich nun empirisch bestätigen? Für die Union prüfen wir die These der stillen Revolution, d. h. der allmählichen Abnahme in der Generationenfolge des Einflusses der Kirchgangshäufig-

Tab. 2: Die Effekte der parteispezifischen Cleavage-Indikatoren

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS/Linke
Gesamtdeutschland	-0,2295* (0,1020)	-0,2904* (0,1356)	0,1086 (0,1814)	0,1975 (0,1158)	–
Ostdeutschland (Ost)	-0,3646** (0,0320)	-0,0990** (0,0314)	-0,4443** (0,0559)	-0,4631** (0,0526)	2,0037** (0,1185)
Katholischer Kirchgang (Kath)	1,2970** (0,0410)	–	–	–	–
Kath * Ost	0,1274 (0,1564)	–	–	–	–
Gewerkschaftsmitglied (Gew)	–	0,8118** (0,0469)	–	–	–
Gew * Ost	–	-0,5259** (0,0710)	–	–	–
Selbstständige	–	–	0,5589** (0,0647)	–	–
Selbstständige * Ost	–	–	-0,0518 (0,1444)	–	–
Soziale u. kult. Dienstklasse (Dienstkl)	–	–	–	0,9960** (0,0514)	–
Dienstkl * Ost	–	–	–	-0,1723 (0,1212)	–
Konfessionslos	–	–	–	–	1,6683** (0,1982)
Konfessionslos * Ost	–	–	–	–	-0,3384** (0,1608)
Konstante	-0,9513** (0,0801)	-0,8175** (0,1068)	-2,6302** (0,1428)	-2,6045** (0,0915)	-5,0930** (0,2727)
<i>Zufallseffekte</i>					
$\sigma^2_{\alpha_j}$ (Konstante)	0,0363* (0,0136)	0,0665* (0,0244)	0,1154* (0,0437)	0,0444* (0,0176)	0,6413* (0,3182)
$\sigma^2_{\beta_i}$ (Kath, Gew, Selbstständige, Dienstkl, Konfessionslose)	0,0118 (0,0091)	0,0190 (0,0113)	0,0173 (0,0243)	0,0038 (0,0126)	0,1814 (0,1065)
Fallzahl	46 005	46 005	44 227	46 005	29 557
Devianzverbesserung gegenüber Grundmodell	4,04 %	1,32 %	3,50 %	1,56 %	3,86 %

*pr < 0,05; **pr < 0,01

keit bei Katholiken auf die Wahlabsicht. Diese Hypothese kann bestätigt werden (vgl. Tab. 4).⁸ Sowohl die jüngere Kohorte generell als auch ihre katholischen Kirchgänger neigen weniger zur CDU/CSU als die Älteren; gleichzeitig nimmt der Koeffizient für die Rentner und Pensionäre im Vergleich zu Tab. 3 stark ab. Das lässt sich inhaltlich als Vorrang eines Generationeneffekts vor einem Interessenstandpunkt der Ruheständler

8 Debus (2010) kommt für die westdeutschen Katholiken allgemein zum selben Ergebnis.

Tab. 3: Die sozialstrukturellen Interessenlagen und die Parteipräferenz im Vergleichsmodell

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS/Linke
Gesamtdeutschland	-0,259*	-0,351*	0,092	0,250*	-
Ostdeutschland	0,079*	-0,397**	-0,218**	-0,776**	1,660**
Katholischer Kirchengang	1,161**	-0,994**	-0,501**	-0,724**	-1,428**
Konfessionslos	-0,633**	0,022	-0,120*	0,465**	1,194**
Selbstständige	0,459**	-0,661	0,360**	-0,117	0,234*
Gewerkschaftsmitglied	-0,506**	0,578**	-0,281**	0,135**	0,455**
Arbeiterschicht	-0,339**	0,249**	-0,615**	-0,451**	0,160*
Obere Mittelschicht	0,341**	-0,393**	0,491**	0,068	-0,377*
Soziale u. kult. Dienstklasse	-0,499**	0,039	0,088	0,840**	0,487**
Öffentlicher Dienst	0,146**	-0,012	-0,162*	-0,043	0,103
Rentner, Pensionäre	0,313**	0,096**	-0,192**	-1,218**	0,349**
Arbeitslos	-0,179**	-0,157**	-0,133*	0,227**	0,325**
Konstante	-0,782**	-0,573**	-2,311**	-2,394**	-5,082**
Zufallseffekt σ^2_{aj} mit Standardfehler	0,035* (0,013)	0,076* (0,023)	0,108* (0,041)	0,040* (0,016)	0,312* (0,147)
Fallzahl	41 219	41 219	41 219	41 219	26 413
Devianzverbesserung gegenüber Grundmodell	15,6%	13,3%	10,9%	18,6%	14,0%

*pr < 0,05; **pr < 0,01

interpretieren. Die zweite CDU-Hypothese betrifft die oft beobachtete Neigung der ostdeutschen Arbeiter in der unmittelbaren Transformationsphase bis 1994 zur CDU-Wahl. Auch sie wird bestätigt.

Für die SPD haben wir bereits festgestellt, dass sie von den ostdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern weniger gewählt wird als von ihren westdeutschen Kollegen. Jetzt zerlegen wir diesen Interaktionseinfluss, indem wir ihn zuerst auf die unmittelbare Transformationsphase beschränken, der Effekt hat das richtige Vorzeichen und ist signifikant, und indem wir zweitens von einem Hartz-IV-Effekt ausgehen, der sich aber gesamtdeutsch auswirken sollte. Auch diese Vermutung kann bestätigt werden. Allerdings sind die dadurch ermöglichten weiteren Devianzreduzierungen im Gesamtmodell minimal. Wichtiger ist immerhin, dass die entsprechenden Koeffizienten für die PDS/Linke genau das umgekehrte Vorzeichen haben. Seit 2004 gibt es in West- und in Ostdeutschland einen starken Schub zur Linken bei den Gewerkschaftsmitgliedern.

Eine letzte Hypothese betrifft die Neigung der Selbstständigen zur FDP. Diese sich ihrer Interessen immer bewusste Gruppe konnte von der Koalition der FDP mit der SPD (Allbus 1980, 1982) nicht überzeugt werden. Der positive Koeffizient dieser Gruppe zugunsten der FDP wird für die Phase der sozialliberalen Koalition durch einen entsprechenden Interaktionseffekt auf Null reduziert (Modell hier nicht dokumentiert).

Tab. 4: Hypothesentest für Abweichungen von der Stabilität der Beziehung zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz

	CDU/CSU	SPD	PDS/Linke
Gesamtdeutschland	-0,157	-0,337*	-
Ostdeutschland (Ost)	0,092*	-0,352**	1,661**
Katholischer Kirchengang (Kath)	1,237**	-0,990**	-1,429**
Konfessionslos	-0,635**	0,026	1,197**
Selbstständige	0,431**	-0,661**	0,233*
Gewerkschaftsmitglied (Gew)	-0,522**	0,670**	0,266*
Arbeiterschicht (Arb)	-0,369**	0,249**	0,161*
Obere Mittelschicht	0,334**	-0,392**	-0,383*
Soziale u. kult. Dienstklasse	-0,494**	0,040	0,485**
Öffentlicher Dienst	0,133**	-0,011	0,097
Rentner, Pensionäre	0,113**	0,088**	0,347**
Arbeitslos	-0,138**	-0,169**	0,330**
seit 1954 Geborene (Jüngere)	-0,366**	-	-
Kath * Jüngere	-0,382**	-	-
Ost 1991–1994	-0,258**	-	-
Arb * Ost 1991–1994	0,314**	-	-
Gew * Ost 1991–1994	-	-0,459**	0,118
Gew ab 2004	-	-0,282**	0,474**
Konstante	-0,645**	-0,588**	-5,074**
Zufallseffekt $\sigma^2_{\omega_j}$ mit Standardfehler	0,037* (0,014)	0,075* (0,028)	0,291* (0,139)
Fallzahl	41 219	41 219	26 413
Devianzverbesserung gegenüber Grundmodell	16,1 %	13,4 %	14,1 %

*pr < 0,05; **pr < 0,01

6 Schlussfolgerungen

Unsere Analysen haben bestätigt, dass die sozialstrukturellen Interessenlagen nach wie vor wichtige Bestimmungsgrößen für die Parteipräferenz darstellen. Sie bringen auch unter heutigen Bedingungen Stabilität ins Wählerverhalten. Sie sind aber kein Garant dafür, dass dies immer so bleiben muss. Zwei Ursachen für politischen Wandel sind zu bedenken. Die eine betrifft Cleavage-Merkmale, die an politischer Auszehrung leiden in dem Sinn, dass sie für die aktuelle Tagespolitik stark an Bedeutung verloren haben. Das erschwert die Sozialisation der nachwachsenden Generation in diese Spaltungsstruktur. Unser Beispiel dafür waren die kirchengebundenen Katholiken. Die jüngeren kirchengebundenen Katholiken neigen weniger als die älteren zu CDU und CSU. Und da die Häufigkeit des Kirchgangs zurückgeht, wird auch das Gewicht dieser Gruppe innerhalb der Unions-Wählerschaft schwächer.

Die zweite Ursache von politischem Wandel sind Positionsänderungen von Parteien, die ihnen nahestehende Gruppen daran zweifeln lassen, ob sie überhaupt noch ihre Inter-

essen vertreten. Unser Beispiel dafür sind die Gewerkschaftsmitglieder seit 2004, d. h. seit der Vorbereitung und dann der Verabschiedung der Hartz-IV-Gesetze. Sie haben diese Gruppe teilweise der SPD entfremdet und der Linken zugeführt. Ein weiteres Beispiel für einen derartigen Vorgang war aber auch die Koalition der FDP mit der SPD, die die Selbstständigen der FDP entfremdet hat.

Unsere dritte Frage betraf Veränderungen der Sozialstruktur und des Parteiensystems, die dauerhafte Folgen für das Wahlverhalten erwarten lassen. Da sich nur deutsche Staatsbürger an Bundestagswahlen beteiligen dürfen, machte eine Beschränkung der Untersuchung auf die wahlberechtigte Bevölkerung Sinn. Es kann aber sehr wohl sein, dass wir die größten, zum Teil noch anstehenden Veränderungen der Sozialstruktur aus dem Blick verloren haben, die Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Mit zunehmender Bedeutung dieser Gruppe auch im Elektorat kann die entsprechende gesellschaftliche Spaltung stärker politisiert werden und zwar nicht nur durch ethnisch-deutsche Stellvertreter, die Multikulturalismus gut finden, sondern durch Vertreter der betroffenen Gruppen selbst.

Eine Veränderung des Parteiensystems wird sich ergeben, wenn Union und SPD ihren Stimmenvorsprung vor den kleineren Parteien auf Dauer verlieren sollten, sodass Kanzler und Ministerpräsidenten nicht mehr ausschließlich von diesen beiden Parteien gestellt werden. Das sollte unabhängig von der Sozialstruktur die kurzfristigen Parteischwankungen erhöhen. Derartige Entwicklungen sind in Ostdeutschland längst in Gang gekommen, wo zwei große Parteien nicht mehreren kleinen gegenüberstehen, sondern wo zu CDU und SPD die PDS oder heute die Linke als dritte „große“ Partei aufgeschlossen hat.

Dass die sozialstrukturellen Interessenlagen auch unter heutigen Bedingungen noch Stabilität ins Wählerverhalten bringen, ist nicht nur den traditionellen Cleavages geschuldet. Es hängt auch damit zusammen, dass der moderne Sozialstaat viele Subventionen und Transferzahlungen von diesen Merkmalen abhängig macht, was die Politisierung der entsprechenden Lebenslagen sehr erleichtert. Solange die Parteien ihre hergebrachten Klientelen bevorzugen, ist Stabilität garantiert. Notwendige Reformen des Sozialstaats können den Regierungsparteien aber schnell Nachteile bei ihren Stammwählerschaften bescheren.

Wir haben in diesem Beitrag den Einfluss der sozialstrukturellen Interessenlagen auf die Parteipräferenz untersucht. Wir haben nicht umgekehrt systematisch untersucht, wie sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Anhänger der einzelnen Parteien in unserem Untersuchungszeitraum verändert hat (vgl. zur Unterscheidung dieser zwei Fragestellungen Elff u. Roßteutscher 2009, S. 309–310). Wählerschaften verändern sich nicht nur, wenn sich bisherige Anhänger der Partei entfremden, sondern auch durch völlig unpolitisch verursachte Zu- und Abnahmen der Größe der entsprechenden Gruppen im Elektorat. Dabei kann aber wieder dadurch eine politische Rückkoppelung eintreten, dass wahlkämpfende Parteien schrumpfende Stammwählerschaften vernachlässigen, obwohl diese Gruppen unter den trägeren Parteimitgliedschaften nach wie vor stark überproportional vertreten sind. Diese Mitglieder lassen sich dann nicht mehr im Wahlkampf für Parteizwecke mobilisieren. Dieser Zusammenhang bedarf aber einer eigenen Untersuchung. Auffällig ist immerhin, dass die jüngste politische Partei, die sich auf keinen Vorgänger oder auf keine traditionelle Ideologie stützen kann, nämlich die Grünen, auf relativ sta-

bilem Fundament zu ruhen scheinen, was auch damit zusammenhängen kann, dass hier Mitglieder und Wähler in ihren sozialstrukturellen Interessenlagen mehr übereinstimmen als bei den älteren Großparteien, für die die Parteimitglieder früher mehr als heute für lokale Präsenz sorgten.

Literatur

- Arzheimer, Kai, und Harald Schoen. 2007. Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994–2005. In *Der gesamtdeutsche Wähler: Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Hrsg. Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, und Jürgen W. Falter, 89–112. Baden-Baden: Nomos.
- Debus, Marc. 2010. Soziale Konfliktlinien, Individualisierung und Wahlverhalten: Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei deutschen Bundestagswahlen zwischen 1969 und 2009. Universität Mannheim, MZES: Unveröffentl. Manuskript.
- Eder, Klaus. 1995. Does social class matter in the study of social movements? A theory of middle-class radicalism. In *Social movements and social classes: The future of collective action*, Hrsg. Louis Maheu, 21–54. London: Sage.
- Elff, Martin. 2006. *Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien*. Baden-Baden: Nomos.
- Elff, Martin, und Sigrid Roßteutscher. 2009. Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005. In *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels, und Jürgen W. Falter, 307–327. Baden-Baden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gelman, Andrew E., und Jennifer Hill. 2007. *Data analysis using regression and multilevel hierarchical models*. Cambridge: University Press.
- Goldthorpe, John H. 1995. The service class revisited. In *Social change and middle classes*, Hrsg. Tim Butler und Mike Savage, 313–329. London: UCL.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent revolution: Changing values and political styles among western publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1989. *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Kohler, Ulrich. 2002. *Der demokratische Klassenkampf: Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Kriesi Hanspeter. 1998. The transformation of cleavage politics: The 1997 Stein Rokkan lecture. *European Journal of Political Research* 33:165–185.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieer, und Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. New York: Cambridge University Press.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage structures, party systems, and voter alignments: An introduction. In *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*, Hrsg. Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, 1–64. New York: Free Press.
- Müller, Wolfgang. 1998. Klassenstruktur und Parteiensystem. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50:3–46.
- Pappi, Franz U. 2002. Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Hrsg. Frank Brettschneider, Jan W. van Deth, und Edeltraud Roller, 25–46. Opladen: Leske und Budrich.

- Pappi, Franz U., und Susumu Shikano. 2002. Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54:443–475.
- Pappi, Franz U., und Susumu Shikano. 2007. *Wahlen und Wählerverhalten*. Baden-Baden: Nomos.
- Poguntke, Thomas. 1993. *Alternative politics. The German Green Party*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Schoen, Harald. 2005. Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 135–185. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weber, Max. 1976. *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr.
- Weßels, Bernhard. 2000. Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik. In *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*, Hrsg. Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, und Dieter Ohr, 129–158. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Franz Urban Pappi, 1939, Dr. phil., em. Professor für Politikwissenschaften der Universität Mannheim, Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Forschungsgebiete: Wählerverhalten, Koalitionstheorien. Veröffentlichungen: Wahl- und Wählerforschung, Baden-Baden 2007 (mit Susumu Shikano); European Union Intergovernmental Conferences, London und New York 2009 (mit Paul W. Thurner); Überhangmandate ohne negatives Stimmengewicht, ZParl 2010, 2 (mit Michael Herrmann).

Jens Brandenburg, 1986, M.A., Promotionsstudent an der Graduate School of Economic and Social Sciences der Universität Mannheim, wiss. Hilfskraft am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Studienschwerpunkte: Wählerverhalten, Parteienwettbewerb, Koalitionstheorien, Europäische Integration.